



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 1/4 Sgr. Anzeigergebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Beilage 1/4 Sgr.

Erstedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postämter Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

No. 86. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 20. Februar 1861.

### Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

**Kopenhagen, 19. Febr.** In der heutigen Sitzung des Staatsraths wurde die Einberufung der holländischen Stände zum 8. März beschlossen. Es ist noch unbekannt, welche Gegenstände vorgelegt werden sollen.

**Paris, 18. Febr.** Wie man hier wissen will, ist von Wien nach Triest der Befehl zur Armirung sämtlicher Segelschiffe der österreichischen Marine ergangen. Diefelben sollen nach Zara, Spalatro, Ragusa, Fiume und Cattaro gehen und 12 Kanonenbote im Golf von Quarnero zur Ueberwachung des ungarischen Litorale Station nehmen.

**Paris, 18. Febr.** Die vorläufigen Unterhandlungen zwischen Rom und Turin haben Aussicht auf Erfolg.

Der Banquier Mirès ist heute, nachdem er seine Bilanz beim Handelsgerichte eingereicht hat, ins Schuldgefängniß Mazas abgeführt worden.

**Wetz, 18. Febr., Abends.** In der heutigen Sitzung der Justizkonferenz befürwortete Franz Deal mit warmem und beredtem Vortrage das Preßgesetz von 1848 mit Urtheilspredigung durch Geschworene und mit dem vom ungarischen Justizministerium ausgearbeiteten Prozeßverfahren. Dieser Antrag wurde auch angenommen. — Der Hofkanzler Baron Wap wird von seinen Gütern am nächsten Sonnabend, Graf Stephan Karoly aber schon heute hier erwartet.

**Wetz, 18. Febr.** Die heutige Abendausgabe des „Lloyd“ meldet aus Lugosch vom 15. d., daß der Honve-General Asboth durch Gen.-Sarmenten verhaftet und nach Lemesvar abgeführt worden sei.

Die Justizkonferenz hat das Preßgesetz vom Jahre 1848 mit Schwurgerichtsverfahren angenommen.

### Preußen.

**Berlin, 19. Febr.** [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: dem Geheimen Kommerzien-Rath Alexander Mendelssohn zu Berlin, dem praktischen Arzt und Wundarzt Dr. Korting zu Urdingen im Kreise Krefeld, und dem Kreis-Sekretär Seydel zu Rothenburg D./L., den rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen.

Der bisherige Staats-Anwalt Stoepel ist zum Rechts-Anwalt bei dem Kreisgerichte in Potsdam und zugleich zum Notar im Departement des Kammergerichts, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Potsdam und mit der Verpflichtung ernannt worden, statt seines bisherigen Titels „Staats-Anwalt“ fortan den Titel „Justizrath“ zu führen.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Allerhöchstherrn Flügel-Adjutanten, dem Obersten v. Boyen, die Erlaubniß zur Anlegung folgender ihm verliehenen Orden zu ertheilen: des Commandeur-Kreuzes erster Klasse des herzoglich braunschweigischen Ordens Heinrichs des Löwen, des Commandeur-Kreuzes erster Klasse des herzoglich anhaltischen Gesamt-Haus-Ordens Albrechts des Bären, und des Commandeur-Kreuzes erster Klasse des herzoglich sachsen-ernestinischen Haus-Ordens. (St.-M.)

**Berlin, 19. Febr.** [Vom Hofe.] Se. M. der König arbeiten heute mit dem General-Major Freiherrn v. Manteuffel, nahmen die Meldungen der Generale Freiherrn v. Göttrich, Commandeurs der 10. Kavallerie-Brigade, Freiherrn v. d. Goltz, Commandeurs der 3. Kavallerie-Brigade, des Obersten Hann v. Weyhern, Commandeurs der 7. Kavallerie-Brigade, des Oberst-Lieutenants v. Rheinbaben, Commandeurs des Garde-Kürassier-Regts., des Oberst-Lieutenants v. Schön, Commandeurs des Westpreussischen Kür.-Regts. (Nr. 5), des Majors v. Stangen, Direktors der Militär-Meisthule, des Majors Burchardi, des Obersten v. Seidlitz, Commandeurs des 2. Brandenburgischen Infanterie-Regts. (Nr. 24), des Majors v. Krosigk, etatsm. Stabsadjutants im Neumärkischen Dragoner-Regt. (Nr. 3), sowie mehrerer anderer Offiziere entgegen und empfingen dann den Polizeipräsidenten Herrn v. Zedlitz. — Se. k. H. der Kronprinz wohnte dem Ministerathe bei, der heute Vormittags 11 Uhr unter dem Vorhänge Sr. H. des Fürsten von Hohenzollern stattfand und mehrere Stunden dauerte. Nach dem Schluß der Sitzung begab sich Se. H. der Fürst von Hohenzollern in das Palais Sr. Maj. des Königs. — Se. k. H. der Prinz Albrecht hat sich heute Morgen auf einige Tage nach seiner bei Dresden gelegenen Villa Albrechtsberg begeben.

**Berlin, 19. Febr.** Gestern Abend fand im königlichen Schlosse hieselbst eine musikalische Abergesellschaft vor 33. MM. dem Könige und der Königin statt. Eröffnet ward dieselbe durch den Trauermarsch aus dem Oratorium „Saul“ von Haendel, welchem sich als Hauptbestandtheil des Concertes das Requiem von Mozart angeschlossen. Die Ausführung erfolgte durch die königliche Kapelle und in den Gesangsparthien durch die hervorragendsten Mitglieder der königlichen Oper. Die befohlene Gesellschaft beschränkte sich auf die hier anwesende Generalität bis zu den General-Lieutenants und auf die Herren des Civils bis zu den Wirklichen Geheimen Räten. Die Damen der befohlenen Herren waren gleichfalls geladen. Die Gesellschaft versammelte sich in der Bildergalerie, an deren einem Ende ein Orchester errichtet war, vor welchem die allerhöchsten Herrschaften Platz nahmen. Zwischen dem ersten und zweiten Theil des Requiems fand eine längere Pause statt, in welcher die allerb. Herrschaften die Reihen der Erschienenen durchschritten und an Diesen und Jenen huldvolle Worte richteten. Um 10 1/2 Uhr ward die Gesellschaft entlassen. Außer den vorbezeichneten Personen, die mit Einladungen beehrt worden waren, wurden nur noch die beiden Präsidenten des Abgeordnetenhauses Simson und Grabow bemerkt. Den Dienst bei den allerb. Herrschaften hatten bereits die von uns früher bezeichneten Personen; auch fungirte noch in bisher üblicher Weise der Ober-Haus- und Hof-Marschall Graf v. Keller. Ebenso sei bemerkt, daß auch der Minister-Präsident Fürst zu Hohenzollern-Sigmaringen von seiner Entkränkung so weit wieder hergestellt war, um in der Gesellschaft erscheinen zu können. Die Damen, wie die Herren waren in Trauer erschienen.

\* Die bekannte große Sittenfeldsche Buchdruckerei in der Johannisstraße steht im Brande.

**Berlin, 19. Febr.** [Theodor Mügge †.] Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: Wir haben die traurige Pflicht, unsern Lesern den Tod eines in den weitesten Kreisen bekannten und geachteten Mannes zu melden: Theodor Mügge ist gestern Nachmittag um 2 Uhr nach nur acht-tägigem, aber schmerzreichem Krankenlager einer acuten Krankheit (Kopffrose) in der Blüthe der Mannesjahre erlegen. Was die Literatur an ihm verloren, das mag einer späteren Darlegung vorbehalten werden. Die Thatsache, daß von seinen zahlreichen Dichtungen viele in fast alle lebende Sprachen übersetzt worden sind, zeugt von der Anerkennung, die dem seltenen Talent des heimgegangenen Schriftstellers gezollt wird. Noch kurz vor seiner Krankheit hatte er einen geschichtlichen Roman vollendet, zu dem er den Stoff aus den Bauern-Kriegen, denen er ein eingehendes Studium gewidmet, gewonnen hatte.

**K. C. Berlin, 19. Febr.** [Aus der Petitions-Kommission.] Eine Petition aus Pöben betrifft die Frage der Errichtung und Erhaltung konfessioneller Schulen auf Kommunalkosten. Nach Ansicht der Bezirks-Regierung und des Ministeriums ist die betreffende Kommune (wo 216 evangelische Schüler und 62 Schüler in der katholischen Schule sind, wo die Katholiken nur den achten Theil der Kommunalsteuern aufbringen) zur Dotirung der katholischen Schule in demselben Maße verpflichtet, in welchem sie die evangelische Schule unterhält. Nach Ansicht der Kommission und nach Zugeständniß des Reg.-Kommissars stimmt es nicht mit den Vorschriften des allgem. Landrechts, daß die katholische Schule als eine Kommunal-Anstalt zu erhalten sei, aber eben so wenig, daß die evangel. Schule in Pöben ihre Zuschüsse aus den Kommunal-Fonds empfangt, zu welchem auch die Katholiken beitragen. Der Reg.-Kommissar hat ferner erklärt, „wenn die Stadt Pöben die Ausgaben für die evangel. Schule durch Beiträge der evangelischen Hausväter, die der katholischen Schule aber durch Beiträge der katho-

lichen Hausväter aufbringen wolle, so habe die Regierung nichts dagegen. So lange aber die evangel. Schule aus Kommunalmitteln unterhalten werde, müsse die Regierung darauf bestehen, daß der katholischen Schule eine gleiche Vergünstigung zu Theil werde.“ Mit Rücksicht auf diese Erklärung beantragt die Kommission Tagesordnung.

**K. C. Berlin, 18. Febr.** [Petitionen.] Im Hause der Abg. ist der zweite Petitionsbericht der Gemeinde-Comm. erschienen. Eine Petition aus dem Siegenen regt die Frage an, ob die Verwaltung der Jagd-Angelegenheiten (Verpachtung der Gemeindejagd) in den Händen des Gemeindevorstehers allein sein dürfte; nach Erklärung des landwirthschaftlichen Ministeriums ist die Aufmerksamkeit der Regierung bereits dieser Frage zugewandt; die Comm. beantragt Ueberweisung der Petition, als Material zu der in Aussicht gestellten Revision der Jagd-Gesetzgebung. — Eine Anzahl von Petitionen, aus Neuf, Minden und Düsseldorf, betrifft wiederum die Frage der Einquartierungslasten, des Servises, der Kasernirung der Truppen. In Neuf haben in Folge der Einquartirung die Communalsteuern für 1861 um 29 % der Staatssteuern erhöht werden müssen; nach einem von den Gemeindebehörden beigefügten Special-Stat erwächst der Gemeinde Neuf durch die Garnisonirung eines Bataillons von fast 400 Mann ein Aufwand von 5760 Thln., und da der Staat nur mit 1850 Thln. entschädigt, so bleibt ein jährlicher Zuschuß von 3910 Thln. für die Stadtkasse. Die Stadt Minden muß von der ständigen Garnison jahraus jahrein 1105 Mann in den Bürgerhäusern aufnehmen und wird von durchmarschirenden Truppen so stark in Anspruch genommen, daß beispielsweise vom 14. Nov. 1850 bis 22. Febr. 1851 (nach Mann und Tag berechnet) 227,170 Mann einquartirt gewesen sind. Die Stadt Düsseldorf hat während der Friedensjahre 1853 bis 1859 an 40,000 Thln. und während der kurzen Mobilmachungsperiode im Jahre 1859 einen der gesammten Communal-Einkommensteuer gleichkommenden Betrag von ca. 50,000 Thln. aufbringen müssen. Die Comm. ist durchweg von denselben Grundfragen ausgegangen wie neulich bei der Warburger Petition; in die mit dem rheinischen und dem westfälischen Provinzial-Landtage schwebenden Verhandlungen wegen gesetzlicher Regulirung der Einquartierungs- und Servisfrage will sie in dem jetzigen Stadium derselben nicht eingehen; sie beantragt: die neuer Petitionen, „soweit dieselben die gesetzliche Feststellung und Gewährung einer höher als bisher normirten Entschädigung für die Naturallast der Einquartirung aus der Staatskasse betreffen“, der Regierung zur Verdischätzung zu überweisen (mit 7 gegen 3 Stimmen); ebenso, einstimmig, die Petition der mindener Stadtverordneten, „in geeigneter Weise dahin zu wirken, daß die von allen Seiten als notwendig anerkannte Gewährung einer ausreichenden Entschädigung für die Einquartierungslast im Wege der Gesetzgebung zur Ausführung gebracht werde“; und endlich bei der düsseldorfer Petition, ebenfalls einstimmig, „in der Erwartung, daß die Regierung die Regulirung der Einquartierungslast überhaupt in Erwägung nehmen und insbesondere — in Anerkennung der Einquartirungslast als Staatslast — für die Feststellung einer höheren Servis-Vergütung aus der Staatskasse auf dem Wege der Gesetzgebung Sorge tragen werde, über die, eine provinziale Ausgleichung anstrebenden Anträge der Petenten zur Tagesordnung überzugeben.“ — Eine Petition aus Hbeda betrifft die Gefährdung von Gemeinde-Interessen, welche durch die Ansprüche des (ehemals reichsunmittelbaren) Fürsten zu Bentheim-Teulenberg auf Besetzung der Amtmanns- und Polizeidienststellen u. dgl. gefährdet sind. Durch das Gesetz vom 10. Juni 1854 ist die Wiederherstellung der seit 1848 verletzten Rechte der ehemals reichsunmittelbaren fönl. Verordnungen vorbehalten; die Einzel-Verhandlungen schweben zum Theil, namentlich mit dem Fürsten von Hbeda; das Haus ist daher außer Competenz, sagt die Comm. und beantragt Tagesordnung. — Die übrigen Petitionen, welche der Bericht anführt, sind von rein persönlichem oder localem Interesse.

**K. C. Berlin, 18. Febr.** [Die Staatsschulden-Kommission] des Landtages hat ihren ersten Jahresbericht über die Verwaltung des Staatsschuldenwesens im Jahre 1859 erstattet. Die Kontrolle der Hauptverwaltung der Staatsschulden ist in der üblichen Weise geführt worden, das Kasseneisen ist in Ordnung, die Tilgung und Vernichtung der Staatsschulden-Dokumente und Kassenscheine ist vorgeschriebenermaßen erfolgt. Die Präklusion der noch rückständigen Kassen-Anweisungen von 1835 und Darlehns-Kassenscheine von 1848 ist noch nicht erfolgt, da in Folge der wiederholten Aufforderungen der Hauptverwaltung der Staatsschulden noch immer dergleichen Papiere eingehen. Von dem beim Eintritte des ursprünglichen Präklusivtermins rückständigen 394,536 Thln., von welchen bis Ende 1859 96,863 Thln. eingegangen waren, sind im Laufe des Jahres 1860 noch 5024 Thln. eingegangen, so daß immer noch 292,649 Thln. rückständig sind. Die Kommission überläßt die Wiederholung von Anträgen auf endliche Festsetzung eines Präklusiv-Termins den Häusern selbst. — Von den an Stelle der Kassenanweisungen vom Jahre 1851 auszugebenden Kassenanweisungen von 1856 über 15,842,347 Thln. sind bis zum 31. Dezember vor. J. 15,056,595 Thln. ausgereicht; es bleiben also an alten Kassenanweisungen noch 785,752 Thln. einzuziehen. — Das an Kautionen der Beamten und Zeitungen für 1861 zu 4 pCt. zu verzinsende Schul-Kapital beläuft sich nach dem Etat auf 7,600,000 Thln. — Der Bestand der außer Cours gesetzten und bei der Hauptverwaltung der Staatsschulden niedergelegten Eisenbahn-Stammaktien betrug am 31. Dez. v. J. 2,314,800 Thln. — Die Zusammenstellung der Aktiva ist, auch diesmal höchst unvollständig, da der Kommission, wie schon mehrfach erwähnt ist, die zur gründlichen Erledigung des Gegenstandes notwendigen Materialien fehlen. — Die verzinliche Staatsschuld betrug am 1. Januar 255,776,838 Thln., die unverzinliche 15,842,347 Thln., zusammen also 241,619,185 Thln. Dazu sind bis Ende 1859 getreten: die 30 Millionen-Anleihe, für Eisenbahnbauten 3,933,900 Thln., und an mehr eingezahlten Kautionen 241,516 Thln.; getilgt dagegen sind 4,599,726 Thln., so daß die verzinliche Staatsschuld am Ende des Jahres 1859 betrug 255,352,528 Thln.; die unverzinliche ist nicht getilgt; die gesammte Staatsschuld betrug also Ende 1859 271,194,875 Thln.

Dieser Staatsschuld stehen als Aktiva gegenüber und kommen als solche in Abzug: 1) die zum Bau von Eisenbahnen aufgenommenen Anleihen, so wie die Schulden der vom Staate erworbenen Eisenbahnen, welche mit Rücksicht darauf, daß die betreffenden Eisenbahnen die Mittel zur Verzinsung und Tilgung jener Anleihen und Eisenbahn-Schulden aufbringen, gleichzeitig als Aktiva des Staates angesehen und deshalb mit ihrem am Schlusse des Jahres 1859 noch vorhandenen Schuldbetrage abgerechnet werden können, mit 58,477,887 Thln. — 2) „Da ferner von der durch das Gesetz vom 7. Mai 1856, betreffend die Verminderung der unverzinlichen Staatsschuld um 15 Millionen, genehmigten Ausgabe von 16,598,000 Thln. verzinliche Schuldverschreibungen, welche jetzt noch im Betrage von 16,165,000 Thln. zum Etat steht, dem Staate nur die Verzinsung von 5 Mill. obliegt, während die Verzinsung des Ueberrestes, so wie die successive Abbildung des ganzen Schuldbeitrages aus den Zuschüssen, welche die preussische Bank zu leisten hat, bestritten wird, so sind von obigem Betrage 11,165,000 Thln., überhaupt also 69,012,887 Thln. abzuziehen, und es bleiben als wirkliche Schuld nur 202,181,987 Thln.“ — Dazu treten ferner: der Effektenbestand des Kautionsdeposits (fast 4 1/2 Mill.), der Bestand des Eisenbahn-Aktien-Amortisations-Fonds (2,128,000 Thln.), der Anteil des Staates an den Aktien-Kapitalien verschiedener Eisenbahnen (3,917,000 Thln.), und die mit den Dividenden-Erträgen dieser Aktien eingelösten Stamm-Aktien (1,329,800 Thln.), die Fonds zum Ankauf von oberflächlichen Eisenbahn-Stammaktien (543,000 Thln.), der Garantie-Fonds für die Breslau-Posen-Slogauer Eisenbahn (990,400 Thln.), und der Garantie-Fonds für die Dberhausen-Arnhem-Deutz-Siegen-Giechener Bahn und die Elber Rheinbrücke (2,307,500 Thln.), im Ganzen 18,635,000 Thln., nach deren Abzug sich die Staatsschuld auf 183 1/2 Mill. reducirt. — Für die Domänen, Forsten, Betriebsfonds der verschiedenen Verwaltungen, die Staatsgebäude u. dergl. kann die Kommission die Werthe nicht einmal annähernd angeben, und muß daher den Antrag stellen: „eine solche Zusammenstellung der den Staatsschulden gegenüber zu stehenden Aktiva des Staates von ihr nicht mehr zu begehren.“ — Im Einzelnen ist noch zu erwähnen, daß die Staatsdruckerei einen Ueberschuß von 55,000 Thln. geliefert hat.

Die Gemeinde-Kommission des Herrenhauses hat über die Novelle zur Städte-Ordnung für die sechs östlichen Provinzen der Monarchie, vom 30. Mai 1853, Bericht erstattet. Ref. ist Hr. Groddeck. Als Ministerial-Kommissar hat der Kreisrichter v. Kehler fungirt. Als allgemeinen Gesichtspunkt hat die Kommission aufgestellt: „daß das Bedürfnis, welches die Gesetzvorlage hervorgerufen habe, im Allgemeinen nicht zu vertennen sei, daß

aber bei der Prüfung der einzelnen in der Vorlage enthaltenen Vorschläge mit der größten Vorsicht zu verfahren und eben nur für wirkliche Mängel des Gesetzes eine Abhilfe zu empfehlen sein werde.“ — Die wichtigsten Änderungen, welche die Kommission vorschlägt, sind: Die von der Regierung proponirte Beschränkung des nach der Städte-Ordnung derselben bezüglich aller Magistrats-Mitglieder zuzehenden Bestätigungsrechtes auf den Bürgermeister und den Beigeordneten, beantragt die Kommission mit 9 gegen 2 Stimmen zu streichen. Die Aenderung zu § 36, daß für die Zukunft die Beschlüsse der Stadtverordneten über Gemeinde-Angelegenheiten der Zustimmung des Magistrats bedürfen sollen, die Stadtverordneten-Versammlung dieselben aber in keinem Falle zur Ausführung bringen dürfe, beantragt die Kommission einstimmig dahin zu amendiren: „Die Beschlüsse der Stadtverordneten bedürfen, wenn sie solche Angelegenheiten betreffen, welche durch das Gesetz dem Magistrat zur Ausführung überwiesen sind, der Zustimmung des Letzteren. Die Stadtverordneten-Versammlung darf ihre Beschlüsse in keinem Falle selbst zur Ausführung bringen.“ — Von den in der Kommission abgelehnten Amendements ist ein mit 6 gegen 5 Stimmen nach einer längeren Beratung unter Zuziehung und Zustimmung von Vertretern des Justiz- und Finanzministeriums abgelehnter Vorschlag zu erwähnen, welcher die Befreiung aller Bürgermeister von der Verwaltung der Polizei-Anwaltschaft und der Städte von den Kosten dieser Verwaltung bezweckt. — Der sonstige Inhalt des Kommissionsberichts kann, um Wiederholung zu vermeiden, heute übergangen werden, da die Beratung im Plenum des Herrenhauses schon zu übermorgen bevorsteht.

Die Denkschrift zu dem Armin-Blöck-Stahl'schen Antrage ist erschienen; sie enthält keine neuen Momente, sondern nur eine Ausführung der in den (neulich besprochenen) Motiven dargelegten Ansichten, sowie eine Anzahl statistischer Data, auf denen die Berechnung der Antragsteller über den mutmaßlichen Ertrag ihrer fundirten Einkommensteuer beruht. Die der Denkschrift beigefügte vergleichende Uebersicht der Dedungsmittel des Mehrbedürfnisses des Militär-Etats 1) nach dem Plane des Finanz-Ministers und 2) nach dem Antrage, ergibt Folgendes: Nach beiden Plänen wird, um den Staatshaushalt für 1861 nicht zu alteriren, der Zuschlag von 25 Prozent zu der Einkommen-u. s. w. Steuer bis Ende 1861 forterhoben. Der weitere Fortgang ist der, daß die Antragsteller eine jährliche Steigerung der Staatseinnahmen (nach Erklärung des Finanzministers für den Fall des Friedens) von jährlich 2,400,000 Thln. berechnen, wovon für die Militär-Verwaltung mindestens 1 Million jährlich übrig bleibt; dazu die fundirte Einkommensteuer mit 2,200,000 Thln., die Zinsersparniß von 720,000 Thln. an der Staatsschuld von 1863 ab, und ein event. Zuschlag von 10, resp. 8 pCt. zur Einkommen-u. s. w. Steuer (mit 1,400,000 resp. 1,152,000 Thln.). So wird, nach dem Plane der Antragsteller, das Gleichgewicht zwischen ordinairen Einnahme und Ausgabe und die Dedung der 7 Millionen Mehr-Bedürfnisse des Militär-Etats durch die vorgeschlagene Abgabe mit dem Schluß des Jahres 1866, mithin nur zwei Jahre später, als nach dem Plane des Finanz-Ministers, erreicht. Dagegen wird 1) den nicht besitzenden Klassen eine Erleichterung von drei Fünftheilen des jetzigen Zuschlags zu den direkten Steuern von 1862—65, also für 3 Jahre, mit jährlich 2,200,000 Thln., gewährt, 2) dem Lande jede Belastung mit einer Erhöhung der direkten Steuern, namentlich einer Grundsteuer-Erhöhung, die der Landmann für den Kapitalisten, der sein Gläubiger ist, mittragen muß, — erpart, „während nach dem Plane des Finanz-Ministers: 1) auch die nicht besitzenden und ärmsten Klassen bis 1865 volle 25 pCt. Zuschlag zu ihren direkten Steuern zahlen müssen, 2) vom Jahre 1865 aber dem Grund- und Gebäude-Besitzer voraussichtlich für immer eine Grundsteuer-Erhöhung von über 2 Mill. auferlegt wird, und 3) ein baarer Kostenaufwand von 4 bis 5 Mill. mindestens für die hierzu nöthigen Vorarbeiten dem Lande zur Last fällt.“ — Weitere Mittheilungen können füglich bis zum Erscheinen des betr. Berichts der Finanzkommission vorbehalten bleiben.

**Naugard, 18. Febr.** [Ueber die Wahl des Justizraths Wagener] wird der „Kreuztg.“ geschrieben: In der heute hier stattgehabten sehr zahlreich besuchten Nachwahl wurde der Justizrath Wagener aus Berlin gegen den Kreisrichter v. Kehler von dort mit 166 gegen 155 Stimmen zu unserem Abgeordneten gewählt. Eine Zerspaltung von Stimmen fand nicht statt. Wir hatten ursprünglich auf eine größere Majorität gerechnet; doch veränderte das Auftreten eines dem Ministerium so nahe stehenden, aus seinem früheren Dienstverhältniß hier persönlich bekannten und geachteten Mannes das Stimmverhältniß einigermassen zu unsern Ungunsten. (Herr v. Kehler ist ein Neffe des Grafen Schwerin und Hilfsarbeiter im Ministerium des Innern. D. Red.)

### Deutschland.

[In Sachen des deutschen Nationalvereins.] Die „S. P.-Z.“ will zuverlässig erfahren haben, daß schon seit einiger Zeit ein preussischer höherer Polizeibeamter sich in Frankfurt befinde, um das Thun und Treiben des Nationalvereins in Frankfurt und den benachbarten Orten zu beobachten.

Die gegen die offenbacher „Einbundert und neun“ gerichtete Untersuchung ist bekanntlich durch den Großherzog niederschlagen worden und zwar, wie es in der betreffenden Verfügung des Gerichts heißt, weil, „in dieser Untersuchung begriffenen den Beitritt zum Verein nicht für verboten gehalten und gut beleumdet sind.“ Hiergegen haben nun die Beteiligten eine öffentliche Erklärung erlassen, worin sie sich gegen die mögliche Auffassung verwehren, als hätten sie in ihrer Vorstellung an den Großherzog um Niederschlagung der Untersuchung gebeten, während ihr Beitritt lediglich auf Aufhebung der Verordnung vom 2. Okt. 1850 und auf Entfernung derjenigen Räte, welche die Verfolgung des Nationalvereins veranlaßt, gerichtet war. Die amtliche Verfügung sei also nicht auf ihre Vorstellung, sondern auf einen vom Untersuchungsrichter erstatteten Bericht ergangen. Sie protestiren ferner dagegen, als hätten sie nicht gewußt, daß ihr Beitritt zum Verein Strafe für sie nach sich ziehen könnte, da ihr Mitbürger Pirajzi zur Zeit ihres Beitritts bereits bestraft gewesen sei. Sie hätten jedoch niemals an die Rechtsgiltigkeit und Verfassungsmäßigkeit der Verordnung vom 2. Okt. 1850 geglaubt und bei Fortführung der Untersuchung würde sich ihre Vertbeidigung hauptsächlich hierauf und auf den Nachweis gestützt haben, daß die Gerichte, trotz mehrfacher gegenbseitiger Entscheidungen des höchsten Tribunals im Großherzogthum, allerdings die Pflicht hätten, zu prüfen, ob ein Erlaß der Regierung, welchen sie handhaben sollten, nicht an und in sich selbst des Rechts und Rechtsbestandes entbehre. Schließlich erklären die Unterzeichner, daß keiner von ihnen auch nur entfernt daran denke, aus dem Nationalverein auszutreten. Sie betrachten ihre Angelegenheit als solitarisch mit derjenigen des ganzen Nationalvereins, und aller übrigen deshalb Verfolgten, und beharren bei ihrer Anschauung, daß nur der von ihnen erbetene Weg, Zurückziehung des Verbots und Entlassung derjenigen Räte, welche diese Verwirrung heraufbeschworen, übrig bleibe, um klar und entschieden aus all diesen Wirralen herauszutreten.

Die stuttgarter Session des Nationalvereins hat sich seit der eßlinger Versammlung vervierfacht, ohne daß sie noch eine öffentliche Kundgebung erlassen hätte. Den größten Erfolg verspricht man sich von einer demnächst zu veranstaltenden größeren Versammlung.

Die „Wochenchrift des Nationalvereins“ berichtet über die dritte sehr zahlreich besuchte Versammlung von Mitgliedern des Nationalvereins in London. Der Haupttagung für London, Herr Nikolaus Trübner, erstattete zunächst Bericht über die bisherigen Ergebnisse, und verlas dann ein an die londoner Mitglieder gerichtetes Schreiben aus Koburg, sowie die Antwort auf die Liverpooler Adresse, worauf zur Debatte über die Mittel und Wege, um von Seiten der dortigen Mitglieder auf die englische Presse, namentlich in Sachen Schleswig-Holsteins, einzuwirken, übergegangen wurde. Herr Born stellte den Antrag, einen Fonds zu diesem Zwecke zu bilden, welcher einem Vertrauenscomite zur zweckmäßigen Verwendung zu übermachen sei. Ein solches Comite müsse ganz freie Hand haben. Außerdem aber gebe es ein Mittel, in der Presse gehört zu werden, und das sei, als Verein öffentlich aufzutreten. Ein Bericht, unterzeichnet im Namen der Members of the German National Association in London, werde sogleich angenommen werden in Folge des Respekts, welchen die Engländer vor ihrem Vereinsrechte hät-

ten. Der Antragsteller schilderte auch in sehr drastischer, hin und wieder humoristischer Weise die übelwollende Bornirtheit der „Times“.

Die hamburger Mitglieder des Nationalvereins haben gestern der Bürgerchaft eine Eingabe übergeben, worin sie dieselbe auffordern, sich nach dem Beispiele der Vertretungen einer anderen freien Stadt (Frankfurt) zu Gunsten einer erblichen nationalen Centralgewalt in Verbindung mit einem deutschen Volksparlament auszusprechen.

Italien.

Turin, 15. Febr. [Die Capitulation Gaeta's. — Der Jesuit Passiglia.] Die Capitulation ist seitens Cialdini's erst unterzeichnet worden, nachdem General Casella die Briefe an die Commandanten von Messina und Civitella del Tronto aufgesetzt hatte, worin er sie im Namen des Königs auffordert — dieser hat die Aufforderung auch unterzeichnet —, die genannten Plätze an die Sardinier zu übergeben.

Die hiesigen Journalisten sind in hohem Grade unzufrieden mit dem Verhalten des Ministers, da sie glauben, daß die Capitulation ein tüchtiges Observations-Corps von 60,000 Mann sowohl an der griechischen Grenze, als auch in Bosnien aufstellen könne.

Der dritte Punkt war der schon lange entworfene Plan eines Gendarmen-Corps; doch wird dieses auch jetzt noch schwerlich eine Wirklichkeit werden, da die Geldmittel für dringendere Zwecke nicht ausreichen.

Die Uebergabe Gaeta's. Der „Moniteur“ meldet, daß das Bombardement von Gaeta am 11. und 12. Febr. so heftig gewesen sei, daß in einer Depesche darüber geäußert werde: „Es glich einem Orkan in den Tropen.“

Man schreibt der „Trierer Zeitung“ aus Rom, 9. Februar: „Von hier gehen noch fortwährend Truppen nach der neapolitanischen Grenze, wo Piemontese und Päpstliche einander schlagfertig gegenüberstehen.“

Aus Rom, 16. Febr., wird pariser Blättern telegraphirt: „Gaeta konnte noch zwanzig Tage widerstehen, obgleich die Werke durch die dem Feuer der Festung weit überlegene feindliche Artillerie förmlich durchlöchert waren.“

Rußland.

Petersburg, 9. Febr. Die Kabinetspolitik hält sich bei uns zu Lande in ein so undurchdringliches Dunkel, daß es schwer ist, darüber etwas Bestimmteres zu erfahren.

Berlin, 19. Febr. Die Thronrede des Königs von Sardinien, heutzutage durch telegr. Depesche bekannt geworden, hat den Charakter, der von den Börsen erwartet wurde.

betreffenden Journalen Entziehung des Rechtes der politischen Mittheilung androht, falls sie fernerhin gegen die Ansichten der Regierung verstoßen.

Osmanisches Reich.

Stambul, 6. Febr. [Neue wichtige Maßregeln.] Wie bekannt, werden die geheimen Sitzungen über wichtige Angelegenheiten in den Appartements der hohen Pforte abgehalten.

Breslau, 20. Febr. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Klosterstraße 41, eine grauleinene Nollwagenende; auf dem Holzplaz vor dem Biegelthore eine 3 Zoll starke Unterlagebohle eines Hürderwagens; Neuschkestraße 48, 10 Stück braune und 3 Stück schwarze Kipsstaber, zusammen im Gewicht von 76 Pfund; in der Wilde'schen Bleiche ein weißer Schafpelz mit braunem wollenen Ueberzuge, Krage und Vorstoß von schwarzem Pelz, zwei schwarze Tuchdröcke, von denen einer mit schwarzem Kamelofutter und schwarzseidenen Knöpfen, der andere dagegen mit karriertem Flanellfutter, Sammttragen und schwarzen Knöpfen versehen war; Antonienstraße 17, eine silberne Suppenteller und ein neusilberner Schüssel, 11 Scheitnigerstraße 1, ein weißer Hahn und 5 theils weiß, theils bunt gefiederte Hühner, worunter 1 Cochindina-Henne.

Breslau, 16. Febr. [Wochenbericht aus dem Handwerker-Verein.] Am 9. d. M. hielt Herr Wundarzt Sauto Vortrag über Gemüthsleben, welcher in seiner Reichhaltigkeit Anlass zu Besprechung mannigfacher verwandter Gegenstände gab.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten. Paris, 19. Febr., Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. begann bei fortwährendem Geschäftstillstande zu 68, hob sich auf 68, 05, wich auf 68, stieg abermals auf 68, 25 und schloß zu diesem Course fest und belebt.

London, 19. Februar, Nachm. 3 Uhr. Börse flau. Conjols 91 1/2. 3proz. Spanier 47 1/2. 1proz. Spanier 40 1/2. Silber-Anleihe —. Dester. Staats-Eisenbahn-Aktien 490. Credit-mobilier-Aktien 678. Lomb. Eisenbahn-Aktien —. Dester. Kredit-Aktien —.

Frankfurt a. M., 19. Febr., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Festere Haltung und bessere Course in österr. Eisenbahn-Effekten. Schluss-Course: Ludw.-Börsch 130 1/2. Wiener Wechsel 79 1/2. Darmf. Bankaktien 180. Darmf. Zettelbank 235. 3proz. Metall. 43 1/2. 4 1/2proz. Metall. 38. 1854er Loose 57 1/2. Dester. National-Anleihe 50 1/2. Dester. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 228. Dester. Bant-Anleihe 585. Dester. Credit-Aktien 131 1/2. Neue österr. Anleihe 56 1/2. Dester. Elisabeth-Bahn 124 1/2. Rhein-Nahe-Bahn 25. Mainz-Ludwigsh. Litt. A. 99 1/2.

Hamburg, 19. Febr., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Anfangs animirt, dann ruhiger. Schluss-Course: National-Anleihe 51. Dester. Credit-Aktien 56. Vereinsbank 99 1/2. Nordd. Bank 84 1/2. Disconto 2%. Wien 113. —. Hamburg, 19. Febr. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhig, ab auswärtig mehr angetragen. Roggen loco fest, ab Königsberg pr. Frühjahr 81 bezahlt und Brief. Del pr. Mai 24, pr. Oktober 25 1/2. Kaffee, kleines Konjungsgefäß, faum letzte Preise, namentlich Rio.

Berlin, 19. Febr. Die Thronrede des Königs von Sardinien, heutzutage durch telegr. Depesche bekannt geworden, hat den Charakter, der von den Börsen erwartet wurde.

Berlin, 19. Febr. Die Thronrede des Königs von Sardinien, heutzutage durch telegr. Depesche bekannt geworden, hat den Charakter, der von den Börsen erwartet wurde.

Berliner Börse vom 19. Februar 1861.

Table with columns: Fonds- und Geldecourse, Div. Z., 1860 F., and various bond and stock entries like Freiw. Staats-Anleihe, Staats-Anl. von 1850, etc.

Table with columns: Ausländische Fonds, Div. Z., 1860 F., and entries like Oesterr. Metall., dito 54er Pr.-Anl., etc.

Table with columns: Actien-Course, Div. Z., 1860 F., and entries like Aach.-Düsseld., Aach.-Mastricht., Amst.-Rotterdam, etc.

Berlin, 19. Febr. Weizen loco 72-84 Thlr. pr. 2100 Pfd., 82-83 Pfd. bunt poln. 81-81 1/2 Thlr., fein desgl. 82 Thlr. ab Bahn pr. 2100 Pfd. bez., schwimmend 82 Pfd. bunt poln. 79 1/2 Thlr. pr. 2100 Pfd. bez. — Roggen loco nach Qualität 48 1/2-50 1/2 Thlr. pr. 2000 Pfd. bez., Febr. 49 1/2-49 Thlr. bez., Br. und Old., Febr.-März 48 1/2-48 1/2 Thlr. bez. und Old., 48 1/2 Thlr. Br., Frühjahr 48 1/2-48 1/2 Thlr. bez., 48 1/2 Thlr. Br., 48 1/2 Thlr. Old., Mai-Juni 48 1/2-48 1/2 Thlr. bez. und Old., 48 1/2 Thlr. Br., Juni-Juli 49 1/2-48 1/2-49 Thlr. bez. — Gerste, große und kleine, 42-47 Thlr. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 25 1/2-27 1/2 Thlr., Febr. bez. und Br., und Febr.-März 26 1/2 Thlr. Br., Frühjahr 26 1/2 Thlr. bez. und Br., 26 1/2 Thlr. Old., Juni-Juli 27 1/2 Thlr. Br. — Erbsen, hoch- und Futterwaare 47-57 Thlr. — Rübsl loco 11 1/2 Thlr. Br., Febr. und Febr.-März 11 1/2 Thlr. bez. und Old., 11 1/2 Thlr. Br., März-April 11 1/2 Thlr. Br., 11 1/2 Thlr. Old., April-Mai 11 1/2 Thlr. bez. und Old., 11 1/2 Thlr. Br., Mai-Juni 11 1/2 Thlr. bez., Br. und Old., Sept.-Okt. 11 1/2 Thlr. bez., Br. und Old. — Weizen loco 11 1/2 Thlr., Lieferung 10 1/2 Thlr. — Spiritus loco ohne Faß 20 1/2-20 1/2 Thlr. bez., Febr. und Febr.-März 20 1/2-21 Thlr. bez. und Br., 20 1/2 Thlr. Old., März-April 21 1/2-21 1/2 Thlr. bez. und Old., 21 1/2 Thlr. Br., April-Mai 21 1/2-21 1/2 Thlr. bez. und Old., 21 1/2 Thlr. Br., Mai-Juni 21 1/2 Thlr. bez., Br. und Old., Juni-Juli 21 1/2 Thlr. bez. und Old., 21 1/2 Thlr. Br., Juli-Aug. 22 Thlr. bez., Br. u. Old. Weizen in seiner Waare fester gehalten. — Roggen loco reichlich offerirt und bei schwacher Kaufkraft billiger gelassen. Termine eröffneten matt, besserten sich etwas im Verlaufe eines mäßigen Geschäftes und schloßen fester. — Gefündigt 3000 Ctr. — In Rübsl still und ohne Aenderung. — Spiritus war etwas mehr offerirt und zu etwas billigeren Preisen der Umfah gering.

Stettin, 19. Februar. [Börsen-Bericht von Joseph Neisser.] Weizen matt, am Landmarkt 70-80 Thlr. nach Qual. bez., loco pr. 85 Pfd. gelber 77 1/2-83 1/2 Thlr. nach Qualität bez., 85 Pfd. effektiv 84 Thlr. bez., poln. 83 Thlr. bez., geringer Qualitat polnischer 80 Thlr. bez., pr. Frühjahr 85 Pfd. gelber 85 1/2 Thlr. Br., 83-85 Pfd. 83 Thlr. Br. — Roggen matt, am Landmarkt 42-46 Thlr. nach Qual. bez., loco pr. 77 Pfd. 45 1/2-46 Thlr. bez., pr. Febr. und pr. Febr.-März 46 1/2 Thlr. Br., pr. Frühjahr 46 1/2 Thlr. bez., pr. Mai-Juni 47 Thlr. Br., pr. Juni-Juli 48 Thlr. Br. — Gerste am Landmarkt 38-44 Thlr. nach Qual. bez., loco pr. 70 Pfd. pomm. 42 Thlr. bez., geringe märker 44 1/2 Thlr. bez. — Hafer am Landmarkt 19-26 Thlr. nach Qual. bez. — Erbsen am Landmarkt 48-50 Thlr. nach Qual. bez. — Weizen, vernaue 13 1/2-13 1/2 Thlr. bez. — Rübsl matt, loco 11 1/2 Thlr. bez., 11 1/2 Thlr. Br., pr. Febr.-März 11 1/2 Thlr. Br., pr. April-Mai 11 1/2 Thlr. Br., 11 1/2 Thlr. Old., pr. Sept.-Okt. 11 1/2 Thlr. Br. — Weizen loco incl. Faß 11 1/2 Thlr. Br. — Spiritus unverändert, loco ohne Faß 20 1/2 Thlr. bez., (im gest. Bericht statt 20 1/2 Thlr., 20 1/2 Thlr. zu lesen.) Anmeldung mit Faß 20 1/2 Thlr. bez., pr. Febr.-März 20 1/2 Thlr. Old., 1/2 Thlr. Br., pr. März-April 21 Thlr. Br., 20 1/2 Thlr. Old., pr. Frühjahr 21 1/2 Thlr. Br., 21 1/2 Thlr. Old., pr. Mai-Juni 21 1/2 Thlr. Br., 1/2 Thlr. Old., pr. Juni-Juli 21 1/2 Thlr. Old., 21 1/2 Thlr. Br.

Auf der Berlin-Stettiner Bahn sind in voriger Woche hier eingetroffen: 223 W. Weizen, 24 W. Roggen, 16 W. Gerste, 32 W. Erbsen, 20 Faß Spiritus. — Auf der Berlin-Stettiner Bahn sind in voriger Woche von hier verladen: 71 W. Roggen, 4 W. Gerste, 3 W. Hafer, 23 W. Erbsen, 50 Ctr. Rübsl, 26 Faß Spiritus.

Die amsterdamer Depesche von gestern meldet: Roggen auf Termine 2 Fl. niedriger, im Uebrigen ist der Markt unverändert. Raps pr. April 69 1/2 S., pr. Okt. 70 S. Rübsl pr. Mai 38 1/2 Fl., Herbst 39 1/2 Fl.

Table with columns: Sgr., and entries like Weißer Weizen, Gelber Weizen, Brenner-Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Rotherbsen, Futtererbsen, Widen, etc.

Amlicher Wasser-Rapport. In Briesg stand das Wasser der Oder den 18. Februar, Abend 8 Uhr, am Oberpegel 17 Fuß 10 Zoll, am Unterpegel 10 Fuß 6 Zoll (von 8 bis 9 Uhr Abends Cüsgang); den 19. Febr., Mittags 12 Uhr, am Oberpegel 16 Fuß 3 Zoll, am Unterpegel 9 Fuß (von 12 bis 12 Uhr ist wieder etwas Eis von oben hier durchgegangen); Abends 6 Uhr, am Oberpegel 16 Fuß 3 Zoll, am Unterpegel 9 Fuß, bei freiem Strom.